

21.11.2019

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/7200 und 17/7800 (Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Einzelplan 07 - Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration

Berichterstatter

Abgeordneter Stefan Zimkeit

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 07 wird unverändert angenommen.

Datum des Originals: 21.11.2019/Ausgegeben: 22.11.2019

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Beratungsergebnis der Fachausschüsse

Der Entwurf des Einzelplans 07 wurde vom

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen	17/2678
- Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend	17/2671
und vom	
- Integrationsausschuss	17/2657

beraten. Der Erläuterungsband zum Einzelplan 07 lag mit Vorlage 17/2371 vor.

Dem Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend lag außerdem die Vorlage 17/2603 vor.

Dem Integrationsausschuss lagen die Vorlagen 17/2541 und 17/2551 vor.

- a) Der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen hat am 8. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lag ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Kapitel 07 090, Titel 633 40 vor. Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Das Abstimmungsverhalten ergibt sich aus der Vorlage 17/2678. Zuvor hatte der Fachausschuss mehrheitlich entschieden, diesen Änderungsantrag zur Abstimmung aufzurufen. Weitere Abstimmungen zu diesem Kapitel bzw. zu diesem Einzelplan waren von diesem Fachausschuss nicht vorzunehmen.
- b) Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend hat am 26. September 2019 beraten und am 7. November 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lag ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Das Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/2671. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Ausschusses, wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD unverändert angenommen.
- c) Der Integrationsausschuss hat in seinen Sitzungen am 2. Oktober 2019 und in seiner Sitzung am 30. Oktober 2019 abschließend beraten und abgestimmt. Es lagen dort zwei Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Das Abstimmungsergebnis und das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/2657. Der Einzelplan 07, Zuständigkeitsbereich des Integrationsausschusses, wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattergesprächs

Ein Berichterstattergespräch war entbehrlich.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/2750 am 19. November 2019 abgegeben.

Änderungsanträge zum Einzelplan 07 lagen im Unterausschuss Personal nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 07 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/8020 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/8000.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 21. November 2019 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 07 befasst. Dort lagen insgesamt 24 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten ergeben sich aus dem Anhang.

E Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion **unverändert angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 3 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
3 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
18 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensformen und gleichgeschlechtliche Vielfalt</p> <p>Titelgruppen 75 Förderung der Politik für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle (LSBTI*)</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2020</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 1.687 400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 150.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1 837 400 Euro</td> <td style="text-align: center;">1.687.400 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung: Die zusätzlichen Mittel dienen der Stärkung bestehender Strukturen der LSBTI-Selbsthilfe und dem Ausbau an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Regenbogenfamilien. Regenbogenfamilien sehen sich auch weiterhin mit besonderen rechtlichen Herausforderungen konfrontiert, die auch durch die Öffnung der Ehe nicht geregelt sind. Zeitgleich steigt der Anteil von Kindern und Jugendlichen die in sogenannten Regenbogenfamilien aufwachsen. Auch wenn sich das Leben von Regenbogenfamilien nicht von denjenigen klassischer Familien unterscheidet, so werden sie doch vor allem im Kontakt mit Außenstehenden mit großen Herausforderungen konfrontiert. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es besonders schwierig, die eigenen Familienkonstellation immer wieder erklären und verteidigen zu müssen. Sie bedürfen zwingend</p>	2020	Ansatz lt. HH 2019	von 1.687 400 Euro		um 150.000 Euro		auf 1 837 400 Euro	1.687.400 Euro	<p>Votum AFKJ abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 1.687 400 Euro																															
um 150.000 Euro																															
auf 1 837 400 Euro	1.687.400 Euro																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														

		entsprechender Unterstützungsangebote. Zwei zusätzliche Personalstellen sind notwendig, um ein umfängliches Gesamtkonzept zu entwickeln und darüber hinaus die Koordinierung der bestehenden und sich entwickelnden Beratungsstellen abzudecken.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>Titel 547 13 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Bereiche Familiendienste, Familienhilfe, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und geschlechtliche Vielfalt (LSBTIQ)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 2.339.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.993.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 342.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.997.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Mittel für LSBTI i.H.v. 2500 Euro und der Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit i.H.v. 340.000 Euro.</p> <p>Die Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit ist damit betraut in KMUs Diversity zu fördern. Angesichts eines massiven Fachkräftemangels kann sich kein Unternehmen eine Diskriminierung leisten.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 2.339.800 Euro	1.993.000 Euro	um 342.500 Euro		auf 1.997.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 2.339.800 Euro	1.993.000 Euro																				
um 342.500 Euro																					
auf 1.997.300 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

lfd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>Titel 684 11 Allianz für Vielfalt und Chancengerechtigkeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>HH 2020 Ansatz lt. HH 2019 von 160.000 Euro - Euro um 160.000 Euro auf 0 Euro</p> <p>Begründung: Siehe Begründung zu Titel 547 13</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>TG70 Förderung der Familienhilfe und Familienpolitik</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 31.209.600Euro</td> <td style="text-align: right;">31.539.600 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 318.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 30.891.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Kürzung der Gelder für die Landesgeschäftsstelle für pro familia und donum vitae. Diese beiden Organisationen scheinen nicht wirklich das vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Ziel mit ihren Beratungsangeboten zu verfolgen. Deren vorrangige Arbeit finden in den Beratungsstellen statt. Deshalb erscheint eine Subventionierung der Geschäftsstellen nicht notwendig.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 31.209.600Euro	31.539.600 Euro	um 318.000 Euro		auf 30.891.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 31.209.600Euro	31.539.600 Euro																				
um 318.000 Euro																					
auf 30.891.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 030 Familiendienste und Familienhilfe; gleichgeschlechtliche Lebensweisen und</p> <p>TG70 Förderung der Politik Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender und Intersexuelle *LSBTI Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 1.687.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.687.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 500.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.682.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Mittel für Projekte gegen Gewalt von 250.000 Euro auf 500.000 Euro. Streichung der Mittel zur Förderung der Selbsthilfe und der psychosozialen Arbeit i.H.v. 1.687.400 Euro.</p> <p>Begründung:</p> <p>Immer öfter werden Homosexuelle Opfer von Gewalt. Deshalb sind die Mittel für Projekte dagegen zu erhöhen.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 1.687.400 Euro	1.687.400 Euro	um 500.400 Euro		auf 1.682.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 1.687.400 Euro	1.687.400 Euro																				
um 500.400 Euro																					
auf 1.682.600 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titelgruppen 61 Kinder- und Jugendförderplan</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <p>2020 Ansatz lt. HH 2019 von 125.328.000 Euro 122.534.100 Euro um 8.018.487 Euro auf 117.309.513 Euro</p> <p>Die Zuschüssen zu den folgenden Projekten:</p> <p>Infrastrukturförderung: Projektförderung FB IV, Geschlechterreflektierende Angebote etc. 1.019.200</p> <p>Die Gelder für die folgenden Jugendverbände sind zu streichen:</p> <p>DGB Jugend – 1.745.169 Euro Deutsche Jugend in Europa (DJO/DJE) – 1.940.323 Euro DBB Jugend – 470.463 Landesjugendwerk AWO – 230.585 Euro Arbeiter Samariter Bund – 130.305 Euro SJD Falken – 2.381.826 Euro Naturfreundejugend – 486.851 Euro</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE nein AfD ja</p>

	<p>BUND Jugend – 130.305 Euro</p> <p>Falken Buildings- und Freizeitwerk NRW e.V. - 246.123,00 Euro LAG Kath. Jugendsozialarbeit NRW – 256.537 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die parteinahen Vorfeldorganisationen für die Jugend sollten unabhängig von staatlicher Einflussnahme sein. Außerdem verfügen die Mutterorganisationen über genug Vermögen, um sie privat zu finanzieren.</p> <p>Die Sozialverbände in Deutschland und somit ihre Jugendorganisationen verhalten sich politisch nicht neutral.</p> <p>Den anderen Organisationen sollte aufgrund zweifelhafter politischer Beziehungen die Gelder gekürzt werden. Sie agieren z.B. wie auch die DGB Jugend mit der Antifa im Rahmen von Demonstrationen zusammen.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe</p> <p>Titelgruppe 69 Kostenerstattung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge bei Gewährung von Jugendhilfe nach der Einreise gemäß §89d SGB VII</p> <p>Titel 663 69 Sonstige Zuweisungen der den örtlichen Trägern der Jugendhilfe durch Leistungsgewährungen nach §89d SGB VIII entstandenen Kosten</p> <p>Absenkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 435.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">520.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 335.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Es ist bekannt, dass viele der unbegleiteten Minderjährigen eigentlich volljährig sind. Es finden nur keine effektive Altersfeststellung in NRW statt z.B. durch eine Röntgen Untersuchung. Es ist davon auszugehen, dass mindestens ein Viertel der „minderjährigen“ Migranten eigentlich keine sind. Außerdem dürfen diese Leistungen nicht mehr an volljährige Flüchtlinge gewährt werden.</p> <p>Der Ansatz ist bewusst konservativ gewählt.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 435.000.000 Euro	520.000.000 Euro	um 100.000.000 Euro		auf 335.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 435.000.000 Euro	520.000.000 Euro																				
um 100.000.000 Euro																					
auf 335.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 547 12 Sächliche Verwaltungsaufgaben für die Umsetzung von integrationspolitischen Maßnahmen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 3.163.700 Euro</td> <td>2.060.800 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.163.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Mit den geplanten zusätzlichen Mitteln sollen Einbürgerungskampagnen, die Koordinierungsstelle „Muslimisches Engagement in NRW“ sowie die Forschungstätigkeit für neue Einwanderungsgruppen finanziert werden. Hier sind Einsparungen möglich. Die Koordinierungsstelle hat konzeptionelle Fehler. Hier ist eine Evaluation erforderlich.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 3.163.700 Euro	2.060.800 Euro	um 1.000.000 Euro		auf 2.163.700 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 3.163.700 Euro	2.060.800 Euro																				
um 1.000.000 Euro																					
auf 2.163.700 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 20 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Integrationsmaßnahmen aus der Integrationspauschale des Bundes</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td>432.800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 151.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 151.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Integration findet vor Ort in den Kommunen statt. Die Integrationspauschale des Bundes dient insbesondere der Integration der Geflüchteten, die nach 2015 verstärkt in NRW aufgenommen wurden. Eine erfolgreiche Integration kann nur gelingen, wenn die Kommunen in ihren Bemühungen auskömmlich von der Landesregierung unterstützt werden. Daher ist die Integrationspauschale des Bundes auch in 2020 vollständig an die Kommunen weiterzuleiten.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 0 Euro	432.800.000 Euro	um 151.200.000 Euro		auf 151.200.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 0 Euro	432.800.000 Euro																				
um 151.200.000 Euro																					
auf 151.200.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 30 Kommunales Integrationsmanagement</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 25.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">-</td> </tr> <tr> <td>um 25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>Von 40.000.000 Euro Um 40.000.000 Euro Auf 0 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2020 und Folgejahren</p> <p>Begründung: Hierbei handelt es sich um ein neues Projekt der Landesregierung. Ein Bedarf hierfür besteht nicht. Es geht in erster Linie um die Schaffung neuer Personalstellen. Zusätzliche Finanzmittel für Einbürgerungskampagnen und die Spurwechsel-Politik der Landesregierung sind abzulehnen.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 25.000.000 Euro	-	um 25.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 25.000.000 Euro	-																				
um 25.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 633 40 NEU Landeskoordinierungsstelle gegen Diskriminierung NRW</p> <p>Anbringung eines Baransatzes von 200.000 Euro.</p> <p>Begründung: Die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung ist heute wichtiger denn je. Rassismus und Diskriminierung gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie stehen in einem krassen Kontrast zu einer offenen und demokratischen Grundordnung und führen zu Benachteiligung und Ausgrenzung. Vor allem müssen sich von Rassismus und Diskriminierung betroffene Personen, auf den Rechtsstaat verlassen können. Dafür ist es unabdingbar, dass die Landesregierung die bereits vorhandenen Strukturen stärkt, ausbaut und in ihrer Arbeit unterstützt. Die vorhandenen Servicestellen gegen Diskriminierung müssen mehr Sichtbarkeit erhalten. Die Landeskoordinierungsstelle gegen Diskriminierung soll daher nicht nur die Servicestellen stärken und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit qualifizierenden Maßnahmen unterstützen, sondern auch das Monitoring von Diskriminierungsfällen übernehmen. Diese wichtige Aufgabe ist derzeit in NRW nicht ausreichend gegeben. Außerdem soll sie u.a. als Ansprechpartner für Bund, Länder und Zivilgesellschaftliche Akteure fungieren.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	SPD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Titel 685 10 Zugewanderter Zuschuss an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 741.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">720.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 22.248 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 763.8248 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Bund und Länder haben 2005 den Pakt für Forschung und Innovation (PFI) geschlossen und seitdem mehrfach fortgeschrieben. Er gilt für die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die vier großen Organisationen der außeruniversitären Forschung: Fraunhofer-Gesellschaft (FhG), Helmholtz-Gemeinschaft (HGF), Leibniz-Gemeinschaft (WGL) und Max-Planck-Gesellschaft (MPG). Die vierte Fortschreibung des erstmalig 2005 beschlossenen Pakts für Forschung und Innovation sieht eine jährliche Steigerung der Zuwendungen an die Wissenschaftsorganisationen in den Jahren 2021 bis 2030 um drei Prozent vor.</p> <p>Eine solche Steigerung der Zuwendungen muss auch den 15 landesgeförderten Forschungsreinrichtungen der Johannes-Rau-Forschungsgemeinschaft (JRF) zuteilwerden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag bei der Lösung aktueller ökonomischer, technischer und gesellschaftlicher Herausforderungen.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 741.600 Euro	720.000 Euro	um 22.248 Euro		auf 763.8248 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 741.600 Euro	720.000 Euro																				
um 22.248 Euro																					
auf 763.8248 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	ja																				
FDP	nein																				
GRÜNE	ja																				
AfD	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titel 685 10 Zuschuss an die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI), Essen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 741.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">720.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 741.600 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Es besteht kein weiterer Bedarf für zusätzliche Studien exklusiv in diesem Bereich.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 741.600 Euro	720.000 Euro	um 741.600 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 741.600 Euro	720.000 Euro																				
um 741.600 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 080 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titelgruppe 68 Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 73.977.400 Euro</td> <td>53.056.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 33.977.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 40.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Aufstockung um ca. 20 Mio. Euro geschieht unbegründet. Da es sich komplett um freiwillige Leistungen des Landes NRW handelt, sind deutliche Einsparungen möglich in den Bereichen: Komm-An NRW, Zuweisung für Kreise und Kommunen, die überdurchschnittlich viel Zuwanderung aus Südosteuropa erfahren, Gemeinsam klappt´s (Arbeitsmarktprogramm für Gestattete und Ausreisepflichtige im Alter von 18-27 Jahre), Interkulturelle Öffnung der Pflege, Integrationsagenturen, Muslimisches Engagement in NRW und sonstige Zuschüsse.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 73.977.400 Euro	53.056.500 Euro	um 33.977.400 Euro		auf 40.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 73.977.400 Euro	53.056.500 Euro																				
um 33.977.400 Euro																					
auf 40.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 536 00 Rückführung und Rückführungsbegleitung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table border="0" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 17.904.500 Euro</td> <td>17.904.500</td> </tr> <tr> <td>um 10.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 27.904.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anpassung an den voraussichtlichen Mehrbedarf u.a. zur Personalaufstockung der Regionalen Rückkehrkoordinierungsstellen (RRK)</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 17.904.500 Euro	17.904.500	um 10.000.000 Euro		auf 27.904.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table border="0"> <tr><td>CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 17.904.500 Euro	17.904.500																				
um 10.000.000 Euro																					
auf 27.904.500 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 17 Sächliche Verwaltungsausgaben für die Unterstützung und Beratung der Kommunen im Ausländer- und Einbürgerungswesen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 250.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 250.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Diese Aufgaben können übernommen werden durch die kommunalen Ausländerbehörden und die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB).</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 250.000 Euro	0 Euro	um 250.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 250.000 Euro	0 Euro																				
um 250.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten der Zentralen Ausländerbehörden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 43.850.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">43.850.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 93.850.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Deckung des Mehrbedarfs u.a. für die personelle Aufstockung der bestehenden 5 ZAB in Köln, Bielefeld, Unna, Coesfeld und Essen und die räumliche Unterbringung des zusätzlichen Personals.</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 43.850.000 Euro	43.850.000 Euro	um 50.000.000 Euro		auf 93.850.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">CDU</td> <td style="width: 70%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 43.850.000 Euro	43.850.000 Euro																				
um 50.000.000 Euro																					
auf 93.850.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	GRÜNE	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 633 40 Landeszuweisung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;">2020</td> <td style="width: 60%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 546.980.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 155.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 701.980.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">546.980.000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Seit Oktober 2018 liegen die Ergebnisse der Erhebung der kommunalen Kosten für die Unterbringung von Geflüchteten durch die Universität Leipzig vor. Danach erhalten die Kommunen in NRW vom Land pro Jahr und Person durchschnittlich 2.500 Euro zu wenig für Asylbewerber nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz. Bei ca. 62.000 Menschen, die diesem Personenkreis zuzurechnen sind, entspricht das Kosten in Höhe von 155 Millionen Euro, die das Land den Städten und Gemeinden jedes Jahr vorenthält. Und das trotz immer noch hoher Steuereinnahmen und drastisch sinkender Landesausgaben für Integration und Unterbringung Geflüchteter. Das Land muss die Ergebnisse des Gutachtens endlich umsetzen, um die unter Rot-Grün mit dem Stärkungspakt eingeleitete Konsolidierung der kommunalen Haushalte nicht zu gefährden.</p>	2020	Ansatz lt. HH 2019	von 546.980.000 Euro		um 155.000.000 Euro		auf 701.980.000 Euro	546.980.000 Euro	<p>Voten gleichlautend: im IntA und AFKJ abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">Enth.</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table> <p>HFA abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">Enthaltung</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	Enthaltung	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2020	Ansatz lt. HH 2019																														
von 546.980.000 Euro																															
um 155.000.000 Euro																															
auf 701.980.000 Euro	546.980.000 Euro																														
CDU	nein																														
SPD	Enth.																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														
CDU	nein																														
SPD	Enthaltung																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	nein																														

		höhere Personalkosten, denen mit der Erhöhung des Zuschlags Rechnung getragen wird. Insgesamt werden somit für den Erhalt der bisherigen Stellen, die Überregionale Koordinierungsstelle Beschwerdemanagement und für die Deckung weiterer Personal-, und Sachkosten insgesamt 490.000€ benötigt.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 684 40 Förderung der Flüchtlingsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">HH 2020</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>460.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>460.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Einstellung der Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat NRW, Übernahme der weiterhin notwendigen Aufgaben (Beschwerdemanagement) durch eine neue – durch die Landesregierung zu bestimmende – Organisation. (siehe neuer Titel 684 39)</p>	HH 2020		Ansatz lt. HH 2019	von	460.000 Euro	400.000 Euro	um	460.000 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">CDU</td> <td style="width: 85%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020		Ansatz lt. HH 2019																							
von	460.000 Euro	400.000 Euro																							
um	460.000 Euro																								
auf	0 Euro																								
CDU	nein																								
SPD	nein																								
FDP	nein																								
GRÜNE	nein																								
AfD	ja																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2020**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 07 090 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 685 40 Zuschüsse zu Rückkehrprojekten einschließlich vorbereitender Maßnahmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2020</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von 17.259.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">17.259.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 5.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 22.259.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Anpassung an den voraussichtlichen Mehrbedarf</p>	HH 2020	Ansatz lt. HH 2019	von 17.259.000 Euro	17.259.000 Euro	um 5.000.000 Euro		auf 22.259.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2020	Ansatz lt. HH 2019																				
von 17.259.000 Euro	17.259.000 Euro																				
um 5.000.000 Euro																					
auf 22.259.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				